

PRESSEERKLÄRUNG

Delegierte syrischer Organisationen erarbeiten auf Burg Schlaining Grundkonsens für ein dezentrales und neutrales Syrien

Vom 27. bis 30. April fand am Österreichischen Studienzentrum für Friedens- und Konfliktforschung auf Burg Schlaining im südlichen Burgenland eine Friedenskonferenz der besonderen Art statt. Die 28 ausschließlich syrischen TeilnehmerInnen, unter denen sich namhafte Oppositionspolitiker, Verfassungsexperten, muslimische Gelehrte und Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus 8 verschiedenen Städten befanden, hatten es sich zur Aufgabe gestellt, die Grundlagen einer zukünftigen Verfassung zu erarbeiten.

„Syrien ist ein demokratischer nicht-sektiererischer Staat, der auf den Grundsätzen voller und gleicher Staatsangehörigkeit, auf politischem Pluralismus und Dezentralisierung aufgebaut ist, ...“ Mit dieser utopisch klingenden Erklärung beginnt ein Achtpunkteplan, der vergangenen Samstag im Presseklub Concordia von der Internationalen Initiative www.peaceinsyria.org vorgestellt wurde, der auch der österreichische Journalist und Sozialanthropologe Leo Gabriel angehört.

Auf die Einladung von islamistischen Hetzern habe man verzichtet, stellte Scheich Riyad Drar aus der vom Islamischen Staat besetzten Erdölstadt Deir Azzor namens des syrischen Organisationskomitees klar. Alle Teilnehmenden hätten den Mut bewiesen, einen Grundkonsens zu unterschreiben, „auch wenn sie nicht mit allem voll einverstanden waren“. Die Teilnehmerliste reichte vom Nationalen Koordinationskomitee über den Syrischen Nationalkongress bis zur kurdischen PYD. Jesiden und assyrische Christen waren ebenso vertreten, wie Verfassungsrechtler, Menschenrechtsanwälte und Islamexperten. Für die Koordination mit UNO-Vermittler Staffan de Mistura sorgte u.a. Madjoleen Hassan, die dessen Konsultativrat angehört.

Der künftige Staat soll dezentral und neutral gegenüber allen Ethnien und Religionen sein, die klassische Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative einführen und die Unabhängigkeit der Justiz garantieren. Frauen sollen nicht nur Zugang zu allen politischen Ämtern haben, sondern in allen gewählten Gremien mit einer Quote von mindestens 30 Prozent vertreten sein.

Vorwürfe, dass Minderheiten bei der Konferenz zu Lasten der sunnitischen Araber überrepräsentiert gewesen seien, wies Scheich Riyad Drar zurück. Die vier sunnitischen Scheichs verträten mit ihren Stämmen eine ausreichend große Bevölkerungsgruppe, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Achtpunkteplan fließt als Input in die Agenda von Staffan de Mistura für die Genfer Friedensgespräche ein, wo ja die kurdische PYD auf Druck der Türkei nicht vertreten ist. Finanziert wurde die auch vom österreichischen Außenministerium politisch und praktisch (durch eine bevorzugte Visaerteilung) unterstützte Konferenz von der norwegischen Nichtregierungsorganisation KARIBU.

Leo Gabriel

www.peaceinsyria.org